

Rechtsmeldung | Singapur | Steuerrecht, übergreifend

## Singapur - „Multilaterales Instrument“ (MLI) der OECD tritt am 1. April für Singapur in Kraft




Von Julia Merle

28.03.2019

(GTAI) Am 1. April 2019 wird das mehrseitige Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (*Multilateral Convention to Implement Tax Treaty Related Measures to Prevent Base Erosion and Profit Shifting* (MLI)) der OECD für Singapur in Kraft treten. Durch die MLI-Vereinbarung wird zum einen der Prozess zur Anpassung von Doppelbesteuerungsabkommen kürzer und zum anderen werden die BEPS-Empfehlungen implementiert.

Am 21. Dezember 2018 hatte Singapur die Ratifikationsurkunde bei der OECD eingereicht. Das Übereinkommen soll nach der von Singapur vorgelegten Liste auf 86 bestehende Steuerabkommen (*Covered Tax Agreements*), darunter auch das Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland, Anwendung finden. Deutschland hat das MLI wie Singapur am 7. Juni 2017 unterzeichnet, jedoch noch nicht ratifiziert. In der von Deutschland bei Vertragsunterzeichnung vorgelegten Liste der vorläufigen Vorbehalte ist das Steuerabkommen mit Singapur bislang nicht aufgeführt.

Zum Thema:

- Text des Übereinkommens zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung; ([englisch](#) ; [deutsch](#) )
- Liste der Vorbehalte Singapurs bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde; ([englisch](#) )

### Mehr zu:

Singapur

Steuerrecht, übergreifend / Körperschaftsteuer / Doppelbesteuerungsabkommen

Recht

### Kontakt

Julia Merle

Rechtsexpertin

 +49 228 24 993 432

 [Ihre Frage an uns](#)

## SINGAPUR - „MULTILATERALES INSTRUMENT“ (MLI) DER OECD TRITT AM 1. APRIL FÜR SINGAPUR IN KRAFT

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.